

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291

Sturz der Regierung in Mecklenburg.

Kommunisten und Rechtsblock in einer Front.

Schwerin, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag fiel im Mecklenburgischen Landtag die Entscheidung über das Schicksal der Regierung. Der Haushaltsplan wurde in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur Sozialdemokraten und Demokraten. Ein eigenartiges Schlaglicht auf das Verhalten der Wirtschaftspartei warfen die Ausführungen des Ministerpräsidenten, der mitteilte, daß diese Partei noch am Mittwoch abend nach Gewährung ihrer Forderungen in der Steuerfrage zugefagt hatte, für den Haushalt zu stimmen. Nach der Ablehnung des Haushaltsplanes gab der Ministerpräsident für das Gesamtkabinett die Erklärung ab, daß die Regierung in der Ablehnung des Haushalts die Ablehnung eines Gesetzes sehe und sich weitere Stellungnahme vorbehalte.

Daraufhin brachten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen die von ihnen mitgewählte Regierung ein. Das Haus trat in die sofortige Beratung ein, wobei die gesamte Rechte die Erklärung abgab, für den kommunistischen Antrag stimmen zu wollen. In namentlicher Abstimmung wurde das Mißtrauensvotum darauf mit 25 gegen 23 Stimmen angenommen. Kommunisten und Wirtschaftler stimmten vereint mit der gesamten Rechten gegen Sozialdemokraten und Demokraten. Die nächste Sitzung des Landtages wurde

daraufhin auf Mittwoch, den 8. März, anberaumt mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Sozialdemokraten und Demokraten werden den bisherigen Ministerpräsidenten wieder zur Wahl stellen.

Niedner verteidigt sich.

Es ist schon immer so gewesen...

Leipzig, 3. März. (M.T.B.) Die vor dem Reichsgericht heute angelegte Verhandlung gegen den Buchhändler Franz Pfaffenhäuser aus Frankfurt am Main wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde vertagt, da noch weitere Ermittlungen über die politische Stellung und Betätigung des Angeklagten angestellt werden sollen. Wie der Vorsitzende, Senatspräsident Niedner, ausführte, sei es irrig, daß das Reichsgericht in seiner letzten Rechtsprechung völlig neue Grundsätze in bezug auf den literarischen Hochverrat aufgestellt habe; das Reichsgericht sei vielmehr in keiner Weise von den bisherigen Grundsätzen einer ständigen Rechtsprechung abgewichen. Die Presseäußerungen sowie die Erklärungen des Schutzeverbandes deutscher Schriftsteller zu dieser Frage beruhen auf irrigen Voraussetzungen und seien ohne Kenntnis der eigentlichen Grundsätze des Reichsgerichts abgegeben.

Reudell antwortet dem Hauptausschuß

Unbefriedigende Erklärung über die Rückkehr des Kaisers.

Bei der in der Donnerstagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt fortgeführten allgemeinen Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern nahm als erster der

Reichsminister v. Reudell

das Wort, um noch auf verschiedene der gestern an ihn gestellten Anfragen zu antworten. Was zunächst die Verwaltungsreform betreffe, so liegt der Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht, das die Vereinheitlichung der Rechtsprechung in allen öffentlichen Angelegenheiten herbeiführen soll, beim Reichsrat. Die beabsichtigte Verbindung mit dem Reichsgericht sei allerdings auf Schwierigkeiten gestoßen. Der Entwurf des Gesetzes über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts sei dem Reichstag bereits zugegangen. Die einheitliche, für alle Ministerien bestimmte Geschäftsordnung habe er an die Mitglieder des Haushaltsausschusses verteilen lassen. Er hoffe zuversichtlich, daß für die Praxis eine Verständigung über gestern gerügte Mängel in der Geschäftsordnung wird herbeigeführt werden können. Der Entwurf des Gesetzes über die Sammlung des Reichsrechts liege im Rechtsausschuß des Reichstages. Der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung werde vom Reichstag hoffentlich auch mit Beschleunigung erledigt werden. Bezüglich des Austausch von Beamten mit den Ländern sei eine Regelung dahin getroffen, daß ein Assessor höchstens drei Jahre in der Zentralstelle bleibe, dann soll er wieder hinausgeschickt werden. Die gestern gestreifte Zusammenlegung der Reichsbehörden hänge eng mit verschiedenen Verkehrsplänen der Stadt zusammen, er könne sich dazu des näheren nicht äußern. Bezüglich des Republiksschutzgesetzes habe das Kabinett zu einer eventuellen Verlängerung noch nicht Stellung genommen.

Die Frage einer Rückkehr des Kaisers nach Deutschland sei seiner Ansicht nach nicht akut. Das Kabinett werde dazu bei der Beratung des jenseitigen Schicksals des Republiksschutzgesetzes Stellung nehmen.

Die Frage bezüglich seiner Stellung zur Deutschkonserватiven Partei beantwortete er dahin, daß er seit Gründung der Deutschnationalen Partei der Deutschkonserwativen Partei nicht mehr angehöre. Die Behandlung der verschiedenen Anträge, die zur „organischen Fortführung“ der Verfassung gestellt worden sind, ist zunächst zurückgestellt worden. Auf die Fragen wegen des Artikels 48 der Verfassung könne er sich zurzeit nicht äußern, da die Reichsregierung noch keine Stellung genommen hat.

Verhandlungen über das Konkordat hätten aus Anlaß der Regierungsneubildung nicht stattgefunden, allerdings seien die zuständigen Ressorts schon mit der Prüfung aller einschlägigen Fragen beauftragt worden, aber Verhandlungen mit dem heiligen Stuhl hätten noch nicht stattgefunden.

Die bayerischen Denkschriften enthalten eine Fülle „beachtenswerten Materials“. Die Regierung habe dazu allerdings noch keine Stellung genommen. Die Resolution Sollmann: der Regierung des Freistaates Bayern aufzugeben: a) die Vereinfachung von Titeln, die dem Artikel 109 der Verfassung widerspreche, zu unterlassen, b) die Meinungsfreiheit auch der Beamten zu achten, die für die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat eintreten, bitte er abzulehnen. Es schweben bezüglich der Vereinfachung von Titeln nicht nur mit Bayern, sondern auch mit anderen Ländern Verhandlungen, und es sei sowohl die Ansicht der Reichsregierung wie der bayerischen Staatsregierung, daß alle Beamten volle Freiheit haben, für die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat einzutreten. Ein Ministerpensionsgesetz hoffe er bald vorlegen zu können. Was die Frage bezüglich der Stellung der Beamten zum neuen Staat betrifft, so beziehe er sich auf seine im Plenum des Reichstages abgegebene Erklärung. Er werde sich voll für den Schutz der republikanischen Verfassung einsetzen. Was die Frage Groß-Hamburg betreffe, so haben bereits zwei seiner Vorgänger ihre Vermittlung zwischen Preußen und Hamburg angeboten. Hamburg habe diese Vermittlung angenommen, Preußen sie abgelehnt. Auch er werde den Versuch zu einer Vermittlung machen.

In seiner Erwiderung betonte

Genosse Sollmann,

daß es die Absicht sachlicher Opposition sei, sich über die Absichten des Reichsministers möglichst Gewißheit zu verschaffen. Manche Mitteilungen des Ministers sind bedenklich, so die Erklärung, daß die antidemokratischen bayerischen Denkschriften „eine Fülle beachtenswerten Materials“ enthielten und demnächst das Kabinett beschäftigen werden. Also will die neue Regierung wirklich solche Forderungen der Beseitigung demokratischer Grundrechte beraten. Das muß unser Mißtrauen erhöhen. Jedenfalls hat Bayern kein Recht, die Reichsverfassung zu mißachten, solange sie besteht. Entgegen der Erklärung des Herrn Ministers v. Reudell steht fest, daß der bayerische Ministerpräsident Beamte, die den Einheitsstaat anstreben, als Epheleknospen, als Landes- und Volksverräter bezeichnet hat. Es gibt also die verfassungsmäßige Meinungsfreiheit in Bayern nicht. Ganz unbefriedigend ist die Antwort über den Ablauf des Republiksschutzgesetzes und die etwaige Rückkehr des ehemaligen Kaisers. Das Reichskabinett sollte sich sehr bald schlüssig werden. Die Rückkehr des ehemaligen Kaisers würde eine außerordentliche Beunruhigung und Verschärfung der innenpolitischen Kämpfe mit sich bringen. Das erneute Bekenntnis des Ministers zur Republik achtet wir. Gerade ein Minister, der so weit von seinen ehemaligen politischen Zielen sich entfernt habe, müßte eine seiner Hauptaufgaben darin erblicken, dafür zu sorgen, daß die monarchistischen Beamten endlich sich innerlich der neuen Staatsform nähern.

Genosse Steinkopf

betonte, daß eines der wichtigsten Erfordernisse für die Personalpolitik das sei, daß die Personalreferenten zuverlässige Republikaner sein müßten. Leider sei das bisher in keiner Weise der Fall. Er bäte auch dafür zu sorgen, daß die Grenzpfähle der Deutschen Republik überall die neuen Hoheitszeichen zeigen. Er frage, ob der Minister eine Verfügung herausgeben werde, durch die den Beamten die Zugehörigkeit zum „Stahlhelm“ und ähnlichen Verbänden verboten wird.

Genosse Rosenfeld

wies den Minister darauf hin, daß er eine seiner Hauptaufgaben darin zu erblicken habe, die Reichseinheit zu wahren. Es sei geradezu ein ungläublicher Zustand, daß zum Beispiel Ausweisungen von deutschen Staatsangehörigen erfolgen. So sei zum Beispiel der bekannte Dichter Toller mit der Begründung ausgewiesen worden, er bedeute nach wie vor eine Gefahr für das Land. Was den Artikel 48 betreffe, so sei es nun wirklich an der Zeit, daß hier etwas geschehe.

Christlich-soziale Provokationen.

Neue Verhaftungen von Schuhbündlern. — Polizei durchsucht das Arsenal.

Wien, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Burgenland herrscht große Aufregung, besonders in Schattendorf, wo der Arbeitermord durch die Frontkämpfer sich ereignete. Am Mittwoch wurden im Auftrag der Wiener Staatsanwaltschaft drei Mitglieder des Schuhbundes wegen Erpressung verhaftet, weil sie angeblich an dem Blusontag Frontkämpfer durch Drohungen verhindert hätten, nach Schattendorf zu marschieren. Dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist offenbar ein Liebesdienst des Kanzlers Seipel für die Frontkämpfer.

Wien, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag besetzte Polizei und Militär auf der Suche nach Waffen das Arsenal, welches Eigentum der gemeinwirtschaftlichen österreichischen Werke ist. Bisher wurden aber nur Holzgewehrfragmente gefunden und abtransportiert. Es herrscht größte Erregung unter der Arbeiterschaft.

Protestantische Sorgen.

Die Deutschnationalen in der Klemme.

Die reichsgesetzliche Regelung des Schulwesens steht bevor. Der Gesetzentwurf des ehemaligen deutschnationalen Reichsinnenministers Schiele ließ erkennen, daß es das Bestreben einflussreicher deutschnationaler Kreise ist, die Schule von neuem der Kirche auszuliefern. Der Entwurf rief seinerzeit eine Protestbewegung hervor, die sich bis in die Reihen der Deutschnationalen erstreckte.

Trotzdem hat die Deutschnationale Partei ihre kulturreaktionären Pläne nicht aufgegeben. Sie bringt den veränderten Entwurf als Morgengabe in das Bürgerblockkabinett März mit. Zentrum und Deutschnationalen gehen in dieser Frage Hand in Hand. Die Aussichten der Opposition sind schlechter geworden, da die Volkspartei, im Gegensatz zum Kabinett Luther, im Bürgerblockkabinett März nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Bei den Resten der „kulturliberalen“ Wähler, besonders der Volkspartei, ist die Erregung über die Schulpläne der Deutschnationalen und des Zentrums außerordentlich stark. Sie hat einen besonderen Ausschuß mit der Bearbeitung der Frage beauftragt. Weiße Kreise der deutschnationalen Wählerschaft dürften ihren Standpunkt seit den Zeiten Schieles nicht verändert haben. Die Lehrerschaft steht in ihrem weitestgehenden Teil der Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht feindlich gegenüber. Auch die evangelische Geistlichkeit ist in ihrer Gesamtheit durchaus nicht erbauet von der beabsichtigten Verquickung von Religion und schulpolitischen Interessen.

Die Deutschnationale Partei kennt die Schwäche ihrer Position. Sie geht diesmal vorsichtiger zu Werke. Während sie über ihre Pläne noch schweigt, bezieht der evangelische Kirchenrat eine Hilfsstellung. Er stellt die Forderungen, die den Grundstein des deutschnationalen Reichsschulgesetzes bilden werden. In einer Rundgebung verlangt er:

Entsprechend dem auf dem Stuttgarter Kirchentag einstimmig erkannten Grundsatze, daß der Staat nicht von sich aus entscheiden kann, ob der Religionsunterricht der Schule mit den Grundfögen der evangelischen Kirche übereinstimmt, ist im Einklang mit den einmütigen Beschlüssen der Kirchentage von Dresden und Stuttgart daran festzuhalten, daß die Kirche gewisse äußere Bürgschaften bezüglich des Religionsunterrichts nicht entbehren kann. Solche äußeren Bürgschaften sind zu sehen in dem Erfordernis der Zustimmung der Kirche bei der Aufstellung der Lehrpläne und bei der Genehmigung der Lehrbücher für den Religionsunterricht, in der Mitwirkung der Kirche bei der Prüfung der Religionslehrer und bei der Berufung der Religionsdozenten an den pädagogischen Akademien, sowie in dem Recht der Kirche zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Diese Forderungen in die Praxis überführt, würden bedeuten, daß nicht nur der Religionsunterricht, sondern auch der Religionslehrer der Willkür der evangelischen Geistlichkeit ausgeliefert wird. Aber nicht nur das. Wie die Verhältnisse auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten nun einmal liegen, würde damit ein großer Teil der Schulen selbst und der Lehrerschaft an sich in die Abhängigkeit der Kirche gebracht werden.

Daß gerade das die Absicht der Deutschnationalen ist, braucht nicht betont zu werden. Während sich ein großer Teil der Lehrerschaft auf dem Lande und in der Kleinstadt in jahrelangem und oft genug heroischem Kampf von der Hörigkeit zu deutschnationalen Interessenten befreit hat, ist die evangelische Geistlichkeit auch heute noch eine der treuesten Stützen deutschnationaler Dunkerherrlichkeit. Auf dem Wege über Reichsschulgesetz und Kirche soll die Widerstandskraft der Lehrerschaft nunmehr gebrochen, das alte Hörigkeitsverhältnis wiederhergestellt werden.

Der evangelische Kirchenrat bezieht sich mit seinen Forderungen auf Artikel 149 der Reichsverfassung. Ein kühnes Unterfangen! Dieser Artikel betont ausdrücklich das Aufsichtsrecht des Staates und die freie Willenserklärung des Lehrers in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten. Die Forderungen des Kirchenrats würden beides illusorisch machen.

Während der evangelische Kirchenrat so seine Forderungen anmeldet, um gegenüber dem Einfluß des Zentrums nicht ins Hintertreffen zu geraten, rührt Doehring mit seinem „Lutherring“ die Pörm- und Werbetrömmel. Er wehrt gegen die Aussichten auf ein Konkordat mit dem Vatikan, dagegen, daß dem Papst als einem „außenpolitischen Faktor“ ein Mitbestimmungsrecht in innerdeutschen Angelegenheiten — nämlich den Schul- und Religionsdingen — gewährt werde, läßt das Trübsied der Lutherischen „Und wenn die Welt voll Teufel wär“ mit Inbrunst und Kampfesstimmung singen, kurz: er bereitet einen großen politischen Feldzug des „evangelischen Bewußtseins“ gegen das im Zentrum verkörperte katholische Bewußtsein vor.

In einem neuen Aufruf seines „Lutherrings“ heißt es: Da das Konkordat als ein Vertrag mit völkerrechtlicher Geltung anzusehen ist, veranlaßt der Papst damit seine Nachstellung in Deutschland und Preußen auf eine Weise, die sowohl für die Reichs- bzw. Staatshoheit im allgemeinen wie für das Bewußtsein der evangelischen Bevölkerung im besonderen unerträglich ist.

Leberdies findet eine direkte Benachteiligung der evangelischen Mehrheit der Bevölkerung statt, insofern die von ihr aufgebracht



Sie uermittelte zur vorzugsweisen Befriedigung römischer Wünsche herangezogen werden müssen, die evangelischen Interessen am Reichshofgericht hinter die im Konkordat bereits befriedigten römischen zu stellen kommen, möglicherweise das geltende Ehe recht von römischen Rechtsanschauungen her aufs stärkste gefährdet wird. ... Wir fordern daher gleiches Recht für Evangelische und Katholiken im deutschen Vaterland und erwarten von den Par lamenten, daß sie einem römischen Vorzugsrecht die Zustimmung verweigern. Beharrt aber der Papst, indem er durch seinen Kardinus, sei es im Reich oder in Preußen, das Konkordat weiter betreiben läßt, auf dem politischen Machtpunkt, so erblicken wir darin den unzweideutigen Ausdruck seines Willens, dem katholischen Volksteil Deutschlands eine bevorzugte Stellung zu verschaffen: ein Unterjochen, dessen Auswirkung das Gesamtgefüge unserer ohnehin schon schwer bedrängten Nation aufs unheilvollste erschüttern muß.

Diese Tonart ist den Deutschnationalen begreiflicherweise sehr unangenehm. Man weiß, daß die Deutschkonser vative Partei, deren Nachfolgerin die Deutschnationalen ist, ihre Stärke hauptsächlich gründete auf die wirtschaft lichen Interessen des ostelbischen Agrariertums und auf die kulturelle Grundlage des engstirnigen Lutheraner tums, wie es jetzt in Doehring's Hahnpredigten gegen Rom und sonstige Antichristen wieder aufsteht. Trotz der Wallrafen und des Mariin Spahn ist die Deutschnationalen Partei dem Wesen nach immer noch die Partei des protestantischen Durch schnittsdeutschen, dem das Wort „katholisch“ beinahe das gleiche Unbehagen verursacht wie der Marxismus, von dem er sich dieselben schrecklichen Vorstellungen macht wie vom „Papismus“.

Auf solcher Grundlage aufgebaut, sieht sich die Deutsch nationale Partei jetzt in der peinlichen Lage, durch seine Ver bindung mit dem „papistischen“ Zentrum der Preisgabe evangelischer Belange verdächtig geworden zu sein. Sie hat deshalb zu ihrer Verteidigung den Greifswalder Theologie professor Kaehler, Mitglied des Preussischen Landtags, aufgerufen, der in einer durch die Parteischristenvertriebsstelle verbreiteten Rededisposition den Tipp für die Aus redend gibt, die deutschnationalen Durchschnittsagitatoren anzuwenden haben. Er bezeichnet alle Ausstreuungen, als ob sich die Deutschnationalen zu einem Konkordat mit dem Vatikan verpflichtet hätten, für unrichtig, fährt jedoch dann fort:

Über wenn alle diese Ausstreuungen falsch sind, eins bleibt natürlich bestehen, das ist die Sorge weiter evangelischer und kirchlicher Kreise, daß eine enge Arbeitsgemeinschaft der Deutschnationalen mit dem Zentrum zumungunsten evangelischer Belange einschlagen könne. Wir sehen im Reich und in Preußen seit langem mit Sorge die Personalpolitik des Zentrums, wir haben nicht umsonst im Reich jetzt zum sechsten Male einen Zentrumsreichstanzler. Wir sind uns sehr wohl der Gefahr bewußt, aber wir sehen keinen anderen Weg, um unsere gemeinschaftlichen Belange in Schule und Staat zu wahren, und unsere sorgenvollen Warner haben uns noch weniger einen solchen Weg gezeigt. Und so lange bewußt kirchliche Kreise gar den Weg besonderer Parteigründung einschlagen, haben wir nur noch weniger Aussicht, uns dem Zentrum gegenüber durchzusetzen. Immerhin, wer die Gefahr sieht, ist auf der Hut...

Der Wähler, dem diese schönen Gedanken von Wald- und Wiesenrednern vorgegetragen werden, wird sich erstaunt fragen, wieso die katholischen Abgeordneten der Deutschnationalen in der Wahrung katholischer „Belange“ eine Gefahr sehen können und er wird sich keineswegs mit der Ausrede zu trösten geben, daß es keinen anderen Weg gebe als den, sich in Gefahr zu begeben, um auf der Hut zu sein...

Inzwischen wird Doehring aber wohl den Theologie professor aus Greifswald unter die Lupe nehmen.

Der Zustand des Genossen Löbe hat sich nach dem Morgenbejund weiter gebessert. Auch das physische Befinden hat sich nach gut verbrachter Nacht bedeutend gehoben, um so mehr, als auch die Rutier des Genossen Löbe den gestrigen Unfall gut überstanden hat. Die Ärzte nehmen an, daß die Krise endgültig über standen ist.

## Sie bleiben Monarchisten!

### Nichtlinien und Regierungserklärung nur ein Stück Papier

Der deutschnationale Everling, der einst im Reichs tag „Gott sei Dank!“ rief, als die Regierung Luther als eine Etappe zur Wiederherstellung der Monarchie bezeichnet wurde, setzt in der „Kreuz-Zeitung“ auseinander, daß die an genommenen Richtlinien und die vom Kabinett beschlossene von den Deutschnationalen gebilligte Regierungserklärung überhaupt nichts bedeuten. An der monarchistischen Ein stellung seiner Partei hätte er nicht das allergeringste geän dert. Wörtlich schreibt er:

Herr Dr. Rosenbergs warf mir vor, ich hätte mich im Reichstag als „treuen Diener der Hohenzollern“ bekannt, obwohl man „die republikanische Regierungserklärung unterschrieben“ habe, und Herr Dr. Haas sprach nicht nur von „anerkannten Rich tlinien“, sondern von einem „Schwur auf die Richtlinien“. In Wahr heit sind die Richtlinien weder unterschrieben, noch gar beschworen. Sie waren — daran ändert ihre zweite „authentische“ Veröffentli chung so wenig, wie die erste auf Indistinktionen beruhende — nichts anderes als Abreden für die Regierungserklärung und sind durch diese überholt. Sie waren nur ein Teil dieser Abreden, neben denen die jetzt veröffentlichten protokollierten Zusätze bestanden (die u. a. „Richtung vor der Vergangenheit und ihren Symbolen“ zusehenden), sowie die Vorbehalte der Leber zungung, die Graf Westarp damals anmeldete und in seiner Pro grammatik am 5. Februar zum Ausdruck brachte. — Auch die Re gierungserklärung wurde weder unterschrieben, noch beschworen. Sie wurde nur „gebilligt“, und, soweit sie die Rechtsgültigkeit der repu blikanischen Staatsform und die Rechtmäßigkeit der Weimarer Ver fassung behauptete, habe ich hier meinen Vorbehalt in aller Form angemeldet.

Danach hat Herr Everling noch den Mut, sich gegen den „Vorwärts“ zu wenden, weil er den Deutschnationalen z wei deutiges Verhalten vorgeworfen hat. Er be steht also auf der Auffassung, daß die Deutschnationalen ganz ein deutige Monarchisten geblieben sind und als solche in ihrer Feindschaft gegen die Republik verharren. Der Tatsache, daß sie Richtlinien angenommen und eine Re gierungserklärung „nur gebilligt“ haben, worin in feierlicher Form der Schutz der republikanischen Staatsverfassung ver sprachen wird, mißt er überhaupt keine Bedeutung zu. Dieses Versprechen der Regierung ist nach seiner ganz eindeutigen Meinung nichts anderes als ein Betrug!

Aus all dem ergibt sich, daß sich das Zentrum von den deutschnationalen Koalitionären in der unglaublichsten Weise hineinlegen ließ — andernfalls müßte man ja an nehmen, daß es dieses unchristliche Spiel mit vollem Bewußt sein mißspielt!

## Der Parteitag der Granatenpartei.

### „Tot für die revolutionäre Bewegung.“

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ begrüßt den Esse ner Parteitag der offiziellen Kommunisten mit einem Leit aufsatz, in dem sie sagt, es wäre proletarische Ehrenpflicht, auf die ungeheuerliche Beschuldigung, daß Rußland der Reichswehr Waffen geliefert habe, eine klare, ein deutige Antwort zu geben. Aber, so fährt sie fort:

Davon kann bei der SPD keine Rede sein. Der Parteitag wird jeden, der es wagen würde, diese Frage vom Standpunkt seines Klasses, die er vertritt, aufzurollen, in großem Bogen hinauswerfen. Er wird handeln nach dem Motto: Was Moskau tut, ist wohlgetan, es bleibt gerecht sein! Wie! Noch mehr: der Parteitag wird die Theorie des ungeheuerlichsten und heimtücklichsten Verrats, den die Arbeiterbewegung kennt, auch noch obendrein schluden müssen. Während die SPD-Arbeitermitglieder in den Tagen der ersten „Ent hüllungen“ der SPD felsenfest überzeugt waren, daß Moskau mit einer unzweideutigen Erklärung die Ehre der SPD vor dem Proletariat wieder herstellen würde, mußten sie er leben, daß nach und nach alles zugegeben, und obendrein theoretisch

„gerechtfertigt“ wird. Der Parteitag wird jeden einzelnen vor die Entscheidung stellen: Entweder mit dem Sowjetsozialisten Bucharin als dem Vertreter des russischen Nationalismus durch die und dünn zu gehen, oder aber als „Agent Chamberlains“ aus dem heiligen Tempel gejagt zu werden. Daraus ergibt sich, daß auf diesem Parteitag alle ehrlichen und denkenden Arbeiterelemente ausgeschaltet sind. Eine Anzahl von korrupten Beamten oder solchen, die es zu werden hoffen, gibt sich dort ein Ständchen. Das Fundament, auf dem sich dieser „Vortrupp“ stützt, ist die Massenunmündigkeit eines Teils der Arbeiter, die mit den blödesten Phrasen hypnotisiert werden können. Diese Partei ist tot für die revolutionäre Bewegung.

Das linkskommunistische Blatt fordert die Arbeiter auf, der „Granatenpartei“ die Antwort zu geben, die ihr gebührt.

## Das Effi weiß alles!

Das „Effi“, das Exekutivkomitee der kommunistischen Inter nationale, hat dem Essener Parteitag einen Brief geschickt, worin den deutschen Kommunisten auseinandergesetzt wird, wie sie die Verhältnisse in ihrem Lande zu beurteilen haben. Mit den Tat sachen, die den Herren in Moskau ganz unbekannt zu sein scheinen, wird dabei in der kommunistischen Weise umgesprungen. So wird u. a. behauptet, daß der „Vorwärts“ „offen die Regierung des eng lischen Imperialismus rechtfertigt“. Außerdem haben „die sozial demokratischen Spitzen die deutsche Revolution an den Bürger blick (!) verkauft“. Glücklicherweise aber wird „in den Massen die Unzufriedenheit mit den Spitzen immer größer“. Die Kommunisten werden angewiesen, besonders in den Gewerkschaften zu arbeiten, „deren Tätigkeit in der nächsten Zeit unvermeidlich einen politischen Inhalt bekommen muß“. Wir denken, die deutschen Gewerkschaften werden nach wie vor selber bestimmen, inwieweit ihre Tätigkeit einen „politischen Inhalt“ haben soll. Den Gipfel der Grotesktheit erklimmt das Schriftstück, indem es sich zum Schluß gegen die Opposition im eigenen Lager wendet mit der Versicherung, alle diese „Renegaten von Kay bis Maslow“ seien nichts an deres als Agenten Chamberlains.

Dieses stupide Geschwätz wurde natürlich von den Rechtgläubigen in Essen als echte Heilsbotschaft mit Halleluja und Hosanna aufge nommen. Wahrscheinlich glauben sie selber kein Wort davon. Aber man muß schon so tun!

## England — Sowjetunion.

### Beweise für die Echtheit des Sinowjew-Briefes?

London, 3. März. (W.B.) Im Unterhaus erklärte Chamber lain, es habe sich nichts ereignet, was irgend einen Zweifel an der Richtigkeit des von der Regierung im Dezember 1924 erreichten Schlusses zulasse, daß der Sinowjew-Brief authentisch sei. Wie er bereits mitgeteilt habe, ständen zwei bestätigende Beweise stücke der Regierung zur Verfügung, die der letzten Regierung nicht zur Verfügung gestanden hätten. Auf die Frage, ob er bereit sei, dieses Beweismaterial vorzulegen, erklärte Chamberlain: Nein, ich bin nicht dazu bereit. Es ist ganz klar, daß unsere Informations quellen vollkommen zuverlässig sind, aber nicht verfügbar sein würden, wenn sie veröffentlicht werden würden.

### Ein polnisch-englisches Bündnis nicht vorhanden!

Warschau, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Außenminister erklärte vor seiner Abreise nach Genf, er werde dort mit Stresemann, wenn möglich, über den deutsch-polnischen Handelsvertrag konferieren. Polen werde jedoch keinesfalls auf Sonderverhandlungen über die Riederlassungsfrage eingehen.

Weber das angeblich polnisch-englische Bündnis gegen Rußland befragt, erklärte der Außenminister, derartige Gerüchte seien ganz falsch. Weder habe England ein derartiges Bündnis Polen angeboten, noch werde Polen irgend jemals einem antirussischen Block beitreten. Auch die Gerüchte über ein angeblich polnisch litauisches Bündnis bezeichnete Minister Jaleski als falsch. Die Beziehungen beider Länder seien noch völlig ungeklärt, und wenn Polen seinerseits auch eine Regelung derselben anstrebe, so werde es sie niemals durch eine Revision der Winafrage erkaufen.

## Kroll'sches Varieté.

Von Kurt Singer.

Nach der Pause wurde der Dirigent Kleiber, wie üblich, mit Beifall überschüttet, von anderen angebläst und bespiffen. Da tat er das Klügste, was er tun konnte: er verneigte sich auch vor den Kläffern. Was hat Kleiber schließlich mit Weills problematischen Werken zu tun? Er dirigierte sie gründlich und sachlich, kaum tiefer interessiert. Basta. Stellte er sich hinter den Komponisten, so ehrt das den Mann. Aber der Empfang war nicht taktvoll. Die lauten und die leisen Ablehner der Weillschen Oper „Royal Palace“ fühlten sich von dem Experiment, die Oper in ein buntes Allerlei aufzulösen, abgestoßen, und sie fanden als Ersatz für eine tiefer gehende Unterhaltung keinen Halt an der Musik. Kurt Weill, Schüler Busonis, ist noch so jung, daß auch bei Scheitern einer Hoff nung eine andere aufglücken darf. Seine trampelhafte Verdrängung rentabler Elemente durch übergroße Freiheit in harmonischen Dingen führt zu einer Monotonie des Bewegigen, zu einer Gleich gültigkeit des Hörers. Alles scheint uniformiert, auch kein neuer Rhythmus laßt die Laune an. Im Parodistischen, im Tanz, in der Klangimitation bringt Weill sein Bestes auf. Sämtliche Sprünge seiner Bogen und Reiner zeigen den Meister jazzartiger Fortschritt. Aber was da singt, schreit, jammert, disputiert, das spielt sich auf dem Fundament einer nichtsagenden, im Material belanglosen, artistisch aber achtbaren musikalischen Gebärde ab. Konversation kann nicht das Ziel einer neuen Opernbewegung sein. In „Royal Palace“ aber wird nur klug geredet, vorbeigeredet, in „Royal Palace“ sucht man eine Stunde lang Geist und Seele und Phantasie im Nachhaken, ohne Erfolg zu haben. Es geschieht nichts, das Theater ist ganz stumm und pantomimisch geworden. Diese Ruhe der Kon templation zu fixieren, diese graue Kirschenlücke des Stillstands zu füllen, müßte eine buntere, fälligere, mehr als untermalende Musik eingreifen. Statt dessen typisch und bewußt: Vorstadtmusik der Rinos. Aus einer seelischen Tragödie, die ein wenig zum Wachsen bringt, reißt uns der unglückliche Dichter Iwan Goll in tröz fendentale Gefilde, in das Reich des „Als ob“. Dieser Fiktion gegenüber verlagert Weill seine Stimme. Er klopert nur dazu. Drei Werber stehen um Dejanira, die schöne Frau. Keiner kennt sie, keiner versteht die Seele dieser Kara von 1927. Der eine bringt Geist von gestern, der andere Phantasie von morgen, der Chemann Geld von immerdar. Wir sehen die Gesichte dieser drei Weillen aus dem Abendland: den Tanz der Sterne, das Tempo der Ra schinen von unerhörtem Ausmaß, das Leben der großen Welt (letzteres im Film). Aber Dejaniras Liebe ist nicht gelockert. Dem sehnsüchtigen Ruf der Rajaden folgt sie und verirrt. Das Schnel lende italienischer Färbung, innig und innerlich, tänzerisch ge laden, klingt uns nach. Alles andere wird verloren sein, in Wahr heit, in Dichtung, in Musik.

Vor diese Oper hatte Weill die Solotantate „Orpheus“ gesetzt. Auch hier der Versuch einer Formweiterung, einer Modernisierung stofflicher, klanglicher Art. Die ganze schöne und läche Lyrik, die im Namen Orpheus liegt, geht verloren, wird getötet in dieser allzu heuligen Entgötterungszone. Orpheus am Schlesiischen Bahnhof, im Kino, im Kriegerverein, als Clown, als Dirigent Wälscherer Sinfonien — Orpheus der Weltreisende, der sich im Schmerz um Gurgdie erlöset: all das musizierte Weill Wort für Wort, Station für Station herunter, und nur dann eigenartig, ohne Qual, wenn er parodiert. Das gelingt ihm vorzüglich. Nur schade, daß auch Ernstes und Tragisches bei ihm diesen Stich ins Absonderliche, Burleske findet. Dessen Reichardt, hier wie im Royal Palace, war bewundernswert beim Ausbarren in undankbaren Situationen. Sie sang auch Ungefangenes mit größtem Mut, stärkster Prägnanz. Sie zeigte sich im Spiel mit den Herren Söken und Kern wirklich nicht als die Schwächere und vermodete durch Blick und Haltung etwas Lebendiges aus Totem zu machen. Die Inszenierung von Hörth muß gelobt werden. Im Tanz und Orgie der Menschen und Maschinen war Tempo gekommen. Der Film lief mit Windes elle. Weiler die technische Ungeheuerlichkeit, daß die paar Menschen immer wieder verschwinden und auftreten müssen, kam auch er nicht hinweg. Das Auge hatte aber reichlich zu tun, und Arabanti nos dafür gefordert, daß die optische Beschäftigung sich lohnte.

Zum Schluß: „Don Pedros Puppenpiel“ von Ra nuel de Falla. Ein Miniaturoperchen für Marionetten. Aber es sollte bei diesen bleiben. Eine gestuolt wühlende, sparsame Musik stimmt zu Puppen, nicht zu verkümmerten Menschen. Die sechs Bilder der Puppenbühne rollen schnell ab, ein Erklärer plamodiert den Zwischenstern, und Don Quichote haut alles kurz und klein, nicht ohne sich sehr wichtig zu tun. Das reizende, doch etwas gleichförmig musizierte Stüchchen hätte stärkere Wirkung getan, wenn Weill nicht sehr angeknurrt und ermüdet hätte.

Der ganze Abend: ein vornehmes Varieté. Dennoch nicht ganz ohne Vorstoß in Rußland. Ich glaube nicht an die Möglichkeit, die Oper durch eine Anhäufung technischer, maschineller, tänzerischer, zauberischer Mittel zu erweitern, zu reiten. Wenigstens nicht ohne Musik und ohne Gesang. Die haben aber beide gefehlt. Woraus zu ersehen ist, daß auch die Fischer recht haben.

25 Jahre Kitzscher Chor. Der Kitzsche Chor leitete die Feier seines 25jährigen Bestehens Dienstag mit einer Morgenfeier in der Philharmonie unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters ein. Die Feier begann mit dem „Halleluja“ aus Händels „Messias“. Weiterhin gelangten zwei Schlusschöre aus dem vom Kitzscher Chor vor 15 Jahren uraufgeführten „Christusmysterium“ von Draesele und Schuberts 23. Psalm in der Besetzung von dreißig Frauenstimmen, mit der der Chor vor 25 Jahren zum ersten Male an die Öffentlichkeit trat, zur Aufführung. Der Chor hat ins gesamt 220 Konzerte mit Orchesterbegleitung, darunter 92 Wohl tätigkeitkonzerte, zur Aufführung gebracht. Bürgermeister Scholz überbrachte die Glückwünsche der Stadt Berlin, die dem Jubilar

eine Ehrengabe von 3000 Mark überwiesen hat. Fernerhin über brachten die Vertreter der Chor- und Musikvereinigungen ihre Glückwünsche.

Die Auswanderung nach Amerika seit 1820. Im letzten Jahres bericht die amerikanischen Generalkommissare für Einwanderung findet sich eine Tabelle, welche die amerikanische Einwanderung von 1820 bis 1926 recht übersichtlich veranschaulicht. Aus Deu tsch land wanderten in diesem Zeitraum nach den Vereinigten Staaten aus:

von 1820—1850	7730 Personen
1831—1840	162 454
1841—1850	434 626
1851—1860	931 667
1861—1870	787 468
1871—1880	718 182
1881—1890	1 452 970
1891—1900	605 152
1901—1910	341 498
1911—1920	143 945
1921—1926	244 591

Insgesamt 6740282 Personen

Am stärksten war die deutsche Auswanderung also nach der Revolution von 1848 und in den achtziger Jahren infolge des wirt schaftlichen Umschwungs. Bemerkenswert ist, daß auch in den letzten Jahren (von 1921 bis 1926) trotz der strengen amerikanischen Einwanderungsgesetze noch fast eine Viertelmillion Reichsdeutsche nach Amerika übergesiedelt sind. Zu berücksichtigen ist bei den obigen Zahlen, daß sie die Auswanderer deutscher Sprache und deutschen Stammes aus anderen europäischen Ländern nicht ent halten, obgleich deren Ziffern sehr erheblich sind. So wanderten aus der Schweiz von 1820 bis 1926 282 244 Menschen in die Vereinigten Staaten aus, und aus Oesterreich-Ungarn 4 123 078. Im ganzen haben die Vereinigten Staaten in den 107 Jahren 36 598 204 Ein wanderer aufgenommen, davon 31 643 429 aus Europa.

Im letzten Jahre sind 50 956 deutsche Quotenwanderer ins „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ gefahren, außer 6041 Per sonen, die nicht zur Quote rechneten; von diesen waren 5615 Rück wanderer, 198 Frauen und 77 Kinder amerikanischer Bürger. Ferner überschritten den „großen Teich“ im Jahre 1926 noch 5683 Deutsche, die nicht zu den Auswanderern zählen, nämlich 2763, die geschäftlich und 2920, die zum Bergnügen Amerika besuchten.

Im Reiche der ewigen Wälder. Der Film einer Winterbesetzung des Big Benia wird im Lenchenhof-Strandhaus, Vulkanstraße 55, vom 4. bis 6. und 12. bis 18. März, montags je zweimal, Sonntags je viermal wiederholt. Die Nachmittagsvorstellungen haben billige Eintrittspreise.

Musikchronik Charlotte Rosen kündigt in dem Konzert des Berliner Sinfonieorchesters am Sonntag, dem 6. März, im Wälschneraal, unter Leitung von Emil Pohnte, das Concerto gregoriano für Violin und Orchester von D. Riedinger zum Vortrag. Das Programm enthält u. a. Werke von Beethoven, Schubert, Sinfonie 4. Violin, Brahms und R. Schumann.

Der junge Kreis gibt seinen dritten Autorenabend am 8. u. 9. Uhr, im S t u r m, Waldhauser Straße 184a. Es werden sieben Dichtungen vom Erwin Dorow, Günther Franke, Walter Gutschik, Rudolf Leimbach, Wil helmshöhe: Ethel Käfer Gorten und Agnes Schwabe-Luhg. Karten zu 2 M. an der Abendkasse.



## Schuldendebatte in Paris.

Poincarés Mehrheit. — Auriol erzwingt Beratung im Plenum.

Paris, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré hat der Finanzkommission Erklärungen über seine an England und Amerika geleisteten provisorischen Zahlungen abgegeben. Er hat die Erklärungen wiederholt, die er bereits in seinem Brief an den Präsidenten der Finanzkommission Malon gegeben hatte, nämlich, daß die provisorischen Zahlungen in keiner Weise der späteren Ratifikation der Abkommen durch die Kammer vorgreifen.

Der Sozialist Vincent Auriol hatte vor der Kommission einen Antrag eingebracht, in dem er eine Generaldebatte über diese provisorischen Zahlungen Poincarés in der Kammer verlangte. Poincaré widerlegte sich dem; er erklärte, daß er dann wieder die Vertrauensfrage stellen werde. Bei der Abstimmung blieb Auriols Antrag mit 17 Stimmen der Radikalsozialisten und Rechten gegen 9 sozialistische Stimmen in der Minderheit. Vincent Auriol hat daraufhin im Laufe des Abends 50 Unterschriften seiner Partei zusammengebracht und wird eine Debatte in der Kammer Sitzung am Freitag verlangen. Auf Grund der Kammerordnung wird er 10 Minuten lang sprechen können. Poincaré wird hingegen, um ihm darauf zu antworten, solange sprechen zu können, wie ihm beliebt. Vincent Auriol wird dann noch 5 Minuten Zeit haben, um Poincaré wiederum zu antworten. Aus alledem geht hervor, daß es wahrscheinlich auch in der Kammer Sitzung am Freitag zu keiner endgültigen Aussprache kommen wird.

Léon Blum weist heute im „Populaire“ darauf hin, daß Poincaré nicht nur durch seine Abmachungen mit England und Amerika seine Vollmachten überschritten, sondern im Grunde genommen Frankreich durch seine provisorischen Abmachungen auch ein schlechtes Geschäft gemacht habe. Wenn nämlich die Kammer die Abkommen ratifiziert hätte, hätten mindestens die Zinsenlast zu dem Kapital zuge schlagen werden müssen und Frankreich hätte keine Zinsen mehr zu zahlen brauchen. Die provisorischen Zahlungsabmachungen Poincarés zwingen aber Frankreich, den Zinsendienst weiter zu leisten.

## Faschistische Diplomaten.

Der Botschafter als Spion und Spekulant.

Von der französisch-italienischen Grenze wird uns berichtet: In italienischen politischen Kreisen hat die Rückberufung des italienischen Botschafters in Paris, Roman Avezana, bedeutendes Aufsehen erregt. Was die Neugierde noch erhöht, war die Tatsache, daß am gleichen Tage, an dem die Entsendung Avezanas aus dem diplomatischen Dienst beschlossen wurde, die italienischen Zeitungen (was angesichts der Presseverhältnisse in Italien gleichbedeutend ist mit dem, was die Regierung will) ankündigten, der Botschafter Roman Avezana werde vom 1. März ab als Verwaltungsratsmitglied in die Banca Commerciale Italiana in Mailand eintreten.

Warum wohl hat der Botschafter Roman Avezana seinen Posten aufgeben müssen? Vor allem aus Gründen politischer Natur. Ricciotti Garibaldi hat in seinem Berhöre eingestanden, im Einverständnis mit der italienischen Botschaft in Paris seine Tätigkeit ausübt, das Spionagenetz ausgedehnt und als Spionagemittel gewirkt zu haben. Seine auf die Spionage bezügliche Korrespondenz war ausschließlich an zwei Personen gerichtet: in Nizza an seine Wirtschaftlerin Marabuto und in Paris persönlich an den Botschafter Avezana. Ein wirklich merkwürdiges Zusammentreffen: ein Botschafter und eine Wirtschaftlerin! Im übrigen wurde festgestellt, daß der Botschafter, da er mit Ricciotti Garibaldi, der den Antifaschisten spielen mußte, in der Botschaft selbst nicht zusammenkommen durfte, sich mit ihm in einem Kaffeehaus zu treffen pflegte.

Außer diesen ist aber ein noch viel schwerer wiegender Grund für die Entsendung Avezanas von seinem Posten bestimmend gewesen. Unter Ausnutzung seiner Beziehungen spekulierte der Botschafter an der Börse in Franken und zwar gemeinsam mit dem Direktor der Franko-Italienischen Bank für Südamerika, Zuccati, der in Paris der Vertrauensmann der Banca Commerciale Italiana ist. Alle Italiener, die geschäftlich mit Zuccati zu tun haben, oder Beziehungen zu ihm unterhalten, wissen von den Spekulationsgeschäften des Botschafters. Diese eigenartige Tätigkeit konnte kaum den Gefallen der französischen Regierung finden.

Die unmittelbare Ernennung zum Verwaltungsrat der Banca Commerciale Italiana mit einem Jahresgehalt von mindestens 150 000 Lire am Tage der Entlassung als Botschafter in Paris beweist, daß die Spekulationen des Botschafters und der Bankengruppe, der er diente, der faschistischen Regierung nicht unbekannt gewesen sind. Der italienische Finanzminister Bolpi, der als Mitglieds der offiziellen Nachrichtenagentur Stefani jeden Tag wahre Wunder vom Wohlergehen der faschistischen Finanzen durch die Presse in die Welt setzen läßt, kann sich als Besitzer der Aktienmehrheit der Banca Commerciale Italiana also zu seinem neuen Mitarbeiter beglückwünschen.

## Gegen den Wahlrechtsraub in Polen.

Die Sozialisten für das Selbstauflösungsrecht des Sejm.

Warschau, 3. März. (WTB.) Im Verfassungsausschuß des polnischen Sejm wurde gegen die Stimmen der Rechtsparteien ein sozialistischer Antrag angenommen, wonach der Sejm das Recht erhalten soll, sich auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder selbst aufzulösen. Falls das Plenum den Beschluß des Ausschusses billigen sollte, gewinnen die Parteien die Möglichkeit, die Regierung durch Selbstauflösung des Sejm zur Aneignung neuer Wahlen zu zwingen. Die Linksparteien und die nationalen Minderheiten wollen unter allen Umständen diesen Weg gehen, um die von den Rechtsparteien erstrebte Aenderung des geltenden demokratischen Wahlrechts vor den Neuwahlen zu verhindern.

## Ein Karl Marx-Platz in Leipzig.

Weil die Kommunisten keinen Platz der Republik haben wollten.

Leipzig, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochsitzung der Stadtverordneten wurde die Bedingung des Augustusplatzes und des Promenadenringes geregelt sowie ein Antrag der Kommunisten, den Augustusplatz künftig „Karl-Marx-Platz“ zu benennen, gegen sämtliche bürgerliche Stimmen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, dem Platz den Namen Platz der Republik zu geben, war vorher von den Kommunisten gemeinsam mit den bürgerlichen Vertretern abgelehnt worden. Der Beschluß bedarf zu seiner Gültigkeit noch der Zustimmung des Rates (Ratigstrats) der Stadt.

# U-Bahn Tempelhofer Feld.



Die Ausschachtungsarbeiten für die Verlängerung der Nord-Südbahn gehen ihrem Ende entgegen. Seit ins Tempelhofer Feld hinein errichtet sich die aufgeschütteten Lehm- und Sandmassen, mehr als 100 000 Kubikmeter wurden auf der rund 1500 Meter langen Strecke ausgehoben. Während der nördliche Teil des Schachtes auf einer Seite abgeleitet werden mußte, um ein Nachrutschen der Böschung zu vermeiden, wurde im südlichen Teil davon abgesehen. Hier arbeiten zahlreiche Erwerbslose, schauen den Sand in die langen Lorenzüge, die dann von zwei kleinen prustenden Lokomotiven auf steiler Rampe hinaufbefördert werden. Die untere Sohlenbreite des Schachtes beträgt 10 Meter, die obere 26, die Tiefe beläuft sich auf 8 Meter. Im nördlichen Teil des Schachtes arbeitet ein gewaltiger Rüsselbagger, der mit einem Griff zwei Kubikmeter Sand in die bereitstehenden Borenen befördert. Wo fehlt

die provisorische Holzbrücke die Flughafenstraße mit der Berliner Straße verbindet, wird sich in wenigen Monaten der Untergrundbahn „Flughafen“ erheben. Vorläufig reißt sich hier noch Baracke an Baracke, Baubüros und Unterkunftsräume für die Arbeiter, dazwischen die schmalspurigen Gleisanlagen mit aufgeregt pfeifenden kleinen Lokomotiven und zahlreichen Ripporen. Irgendwelche geologische oder historische Funde wurden hier bei den umfangreichen Ausschachtungen nicht gemacht. Auf die dünne Humusschicht folgt Lehm und der Rest ist prächtiger Baugrund. Jetzt bilden diese Massen eine ungewohnte, ausgebreitete Hügelandschaft am Rande des Tempelhofer Feldes und werden nur zum kleinen Teil bei der Einbetonierung der Untergrundbahn zurückwandern. Der weitaus größere Teil wird zur Planierung des Tempelhofer Feldes verwendet werden.

## Eifersuchtstat in Treptow.

Thyffendirektor Grau und sein Chauffeur als Opfer.

Eine Eifersuchtstat spielte sich heute früh kurz vor 8 Uhr auf offener Straße vor dem Hause Treptower Park 47 ab. Die 34-jährige Privatierin Emilie Bindel aus der Weststraße 46, die 34-jährige Privatierin Emilie Bindel aus der Weststraße 46, Georg Grau, mehrere Schüsse ab, verletzte dessen Chauffeur, den 40-jährigen Eduard Pinski, und suchte sich unmittelbar nach der Tat durch einen Kopfschuß zu töten. Grau und Pinski und die Täterin wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft. Ueber die Tat werden folgende Einzelheiten bekannt.

Direktor Grau unterhielt längere Zeit Beziehungen zu der Frau B., die er jedoch vor einiger Zeit löste. Wiederholte Annäherungsversuche der Frau blieben erfolglos. Darauf erging sich die Bertolone in Drohungen gegen ihn. Gestern früh wollte sich Direktor Grau wie gewöhnlich kurz vor 8 Uhr in sein Bureau begeben. Der Chauffeur hielt bereits mit dem Wagen vor der Tür. Raum hatte B. das Haus verlassen, um den Kraftwagen zu besteigen, als ihm Frau B., die sich in einer Hausnische versteckt gehalten hatte, den Weg verriet. Es kam zu einem kurzen heftigen Wortwechsel. Plötzlich zog Frau B. in größter Erregung einen Revolver hervor und gab blindlings mehrere Schüsse ab. Grau und sein Chauffeur Pinski, der neben ihm stand, konnten von je zwei Kugeln getroffen, schwer verletzt auf den Bürgersteig. Dann richtete die Täterin die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen Kopfschuß bei. Von Hausbewohnern und Straßenpassanten wurde sofort die Polizei und das Rettungssamt benachrichtigt. Grau und Pinski fanden im Bethanien-Krankenhaus Aufnahme, wo sie schwer daniederliegen. Grau hat einen Steckschuß im Kopf und in der Schulter; Pinski wurde in Brust und Kopf getroffen. Die Ärzte hoffen beide am Leben zu erhalten. Die Täterin wurde in das Urban-Krankenhaus geschafft. Ihre Verletzung ist so schwerer Natur, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Der Vorfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

## Autoräuber auf der Landstraße.

Die Insassen beraubt. — Die Täter verhaftet.

Von drei maskierten und bewaffneten Räubern wurde gestern abend ein Berliner Auto auf der Landstraße zwischen Wessigendorf und Hohenahlsdorf, etwa 8 Kilometer von Jüterbog entfernt, überfallen.

Ein Berliner Bankier nahm mit einem Bekannten ein Auto zu einer Fahrt nach Weichen. Auf dem Heimwege sah der Fahrer auf der Chaussee, an der augenblicklich gebaut wird, zwischen Wessigendorf und Hohenahlsdorf im Lichte des Scheinwerfers ein Hindernis, das quer über den Weg hinweg lag. Er konnte so den Wagen bald abhaken und zum Stehen bringen. In demselben Augenblick kamen drei junge maskierte Burschen mit Pistolen in der Hand aus dem Walde herausgesprungen und riefen, indem sie ihre Waffen anschlugen: „Hände hoch! Geld hier!“ Kraak und seine Fahrgäste waren unbewußt und konnten gegen die bewaffneten Angreifer nichts ausrichten. Er selbst versteckte rasch seine Brieftasche und blieb weiter unbewußt, weil die Räuber ihn wohl für einen gewöhnlichen Chauffeur hielten und nichts bei ihm vermuteten. Den beiden Fahrgästen blieb nichts weiter übrig, als ihre Brieftaschen mit zusammen etwa 300 Mark und ein goldenes Zigarettenetui herauszugeben. Die Begleiter, die zwei große Kisten quer über die Chaussee gelegt hatten, liefen mit der Beute davon und verschwanden im Walde. Die Ueberfallenen fuhrten nach Wessigendorf zurück und machten Anzeige. Die Landjäger nahen sofort die Ermittlungen auf, und es ist ihr auch bereits gelungen, die Räuber in Niebergahlsdorf ausfindig zu machen und festzunehmen. Es sind drei junge Burschen, die sich auf der Wanderschaft in jener Gegend umhertreiben.

In der vergangenen Nacht wurde der Motorradfahrer Georg Werseburger aus der Rothenburgstraße 36 zu Sieglitz das Opfer eines Ueberalles, den sein Fahrgast auf den Chauffeur verübte. Gegen 11 Uhr nahm ihn ein junger Mann am Potsdamer Platz zu einer Fahrt nach dem Grunewald an. Am Ziel, den kleinen Stern, angekommen, verließ der Fahrgast den Wagen und fiel plötzlich über den Chauffeur her. Mit einem Knüttel, den er verborgen gehalten hatte, verprügelte er ihm in mehreren Schlägen über den Kopf. Werseburger aber war geistesgegenwärtig genug, ihn zu packen. Er überwältigte den Angreifer, drängte ihn in den Wagen wieder hinein, sprang auf den Sitz, fuhr an und so

schnell davon, daß es dem Uebelthäter nicht möglich war, hinauszuspringen. In Halensee übergab er ihn dem Schutzposten, der ihn nach der Wache brachte. Hier wurde der Täter, der es ohne Zweifel auf einen Raub abgesehen hatte, als ein 19 Jahre alter Fritz Brüll festgestellt, der am 28. März aus der Fürsorgeanstalt zu Steinfurth entwich und sich seitdem in Berlin umhertreibt.

## Ein Tobsüchtiger in der Großbeerenstraße.

Die Mieter des Hauses Großbeerenstraße 21 wurden heute vormittag in heftige Aufregung versetzt. In einer Wohnung des ersten Stocks war zwischen Mietern ein Streit entstanden, der in eine Schlägerei ausartete. Plötzlich ließ ein nur teilweise bekleideter junger Mann, an den Armen stark blutend, fluchtartig die Treppe hinunter und stürzte schreiend aus dem Haus. Mit geballter Faust schlug der Tobende mehrere Schaufenster ein, wobei er sich beide Pulsadern aufschnitt. Trotz des starken Blutverlustes hatte der Tobsüchtige noch Kraft genug, einige Vorübergehende anzufallen, die sich nur durch die Flucht in Sicherheit bringen konnten. Inzwischen war das Ueberfallkommando telephonisch alarmiert worden, das den Tobsüchtigen, einen 23-jährigen Kaufmann Fritz Kirchner, mit großer Mühe überwältigte und nach der Rettungswache Göttinger Straße brachte. Nach Auflegung von Revolverbanden wurde er in Polizeigewahrsam genommen.

## Taschendiebstahl im Zugshotel.

Gestern abend wurde ein junges Ehepaar, das in einem Burghotel im Westen der Stadt ein zwischen zwei Babestuben gelegenes Hinterzimmer bewohnte, schwer bestohlen. Die beiden Gäste nahmen gestern abend zwischen 8 und 8 1/2 Uhr ein Bad, nachdem sie ihre Zimmertür am Tür abgeschlossen hatten. Das Fenster hatten sie aufgeschlossen, weil sie im ersten Stock an irgendeine Gefahr nicht dachten. Nach dem Bade machten sie die unflüchtige Entdeckung, daß eine Anzahl Schmuck- und Wertgegenstände aus einem unverschlossenen Wandschrank verschwunden waren, u. a. eine goldene Herrenuhr, eine silberne Herrenuhr mit hebräischen Ziffern, ein goldenes Zigarettenetui von wertvoller ägyptischer Arbeit, eine Krawattennadel mit amerikanischer Flagge, eine andere goldene Krawattennadel mit neunjähriger Krone in Brillanten, ein Herrenting mit Rubinen und zwei Brillanten und eine goldene Brosche, die rundherum mit Brillanten besetzt ist. Der Dieb kann nur ein Taschendiebstahl gewesen sein, der die günstige Gelegenheit benutzte, obwohl das Zimmer beleuchtet war. Der Bestohlene hat auf die Wiederbeschaffung eine hohe Befehnung ausgelegt.

## Das Münchener Eisenbahnunglück.

München, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Verhandlung richtete der Vorsitzende erneut an den Angeklagten Kubel die Frage, ob er sich die Sache mit der Vertiefung nun anders überlegt habe. Kubel erklärte, daß er an seinem Standpunkt festhalte, er ersuche deshalb, keine weiteren derartigen Fragen mehr an ihn zu richten. Es folgten nun die Gutachten der Sachverständigen. Die beiden ersten kamen nach eingehender Prüfung der sicherheitstechnischen und betriebsdienlichen Fragen zu dem Schluß, daß der Lokomotivführer Kubel das vorgeschriebene auf Halt gestellte Signal der Station Berg am Main überfahren habe. Ein dritter Sachverständiger gab ein Urteil über die dienstliche Inanspruchnahme des Fahrpersonals. Demnach hatte Kubel eine Dienstzeit von 226,8 Stunden in 30 Tagen bei einem zulässigen Arbeitszeithöchstmaß von 236 Stunden. Die vorausgegangene Ruhezeit habe dem zulässigen Maß entsprochen. Kubel sei 4 Stunden 54 Minuten unterbrochen auf der Lokomotive gewesen bei einem zulässigen Höchstmaß von 9 Stunden. Die dienstliche Inanspruchnahme des Kubel könne also in keinerlei ursächlichem Zusammenhang mit dem Unglück gebracht werden. Der nächste Sachverständige, Reichsbahnrat Tschinger, der unmittelbare Vorgesetzte des Kubel, bezeichnete den Angeklagten als tüchtigen, strebsamen und fleißigen Beamten, der hinsichtlich seiner Kenntnisse und der Führung der Lokomotive hervorragendes geleistet habe. Der Unfall sei infolgedessen besonders tragisch, weil er einem Lokomotivführer passiert sei, der zu den Besten der Betriebsstelle Rosenheim gehöre. Die Verhandlung dauert fort.

## Schlagwetterexplosion.

Mülheim (Ruhr), 3. März. (WTB.) Auf der Zeche Humboldt ereignete sich Donnerstag vormittag eine Schlagwetterexplosion, durch die drei Bergleute schwer verletzt wurden. Der Betrieb ist gestört. Die amtliche Untersuchung wurde eingeleitet.



# Die britische Bergarbeiterorganisation

## Ihre notwendige Umformung.

Die Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens ist aus dem größten Kampfe ihres Bestehens nicht nur mit beispiellos erschöpften Kräfte hervorgegangen, es haben sich nicht nur Abtrennungsbefreiungen im Gefolge der verlorenen Schlacht hier und dort bemerkbar gemacht, sondern es hat sich insbesondere gezeigt, daß die historisch gewordene Organisationsform den neuen Aufgaben nicht mehr gewachsen war. Die Bergarbeiter-Föderation ist keine zentral-organisierte Körperschaft im Sinne der kontinentalen Bergarbeiter-Gewerkschaften. Sie stellt vielmehr seit ihrer Gründung vor rund vierzig Jahren einen mehr oder minder losen Zusammenschluß von vierzehn verwaltungstechnisch und organisatorisch selbständigen Gewerkschaften dar, die jeweils einen Bergbaudistrikt organisatorisch umschließen.

Diese lose Organisationsform hat schon in der Vergangenheit oft genug Anlaß zu Klagen gegeben, niemals jedoch hat sich dieser Mangel an einer zentral verantwortlichen Spitze so sehr bemerkbar gemacht wie

### während des vergangenen Kleinfeldkampfes.

In einer Zeit, wo größte Schlagfertigkeit nötig war, mußte sich die Föderation mit einer Organisationsform behelfen, die erstens die Einberufung der verantwortlichen Persönlichkeiten, der Exekutive, zu einem beispiellos komplizierten und zeitraubenden Vorgang machte, und in der zweitens aus historischen und organisatorischen Gründen heraus diese Verantwortlichkeit selbst durchaus zerstückelt blieb. Das hat sich während der Kampfmonate Mai-Dezember bitter gerächt: die Zerstückelung der Verantwortlichkeit hatte zur Folge, daß naturgemäß dem Präsidenten Herbst Smith, insbesondere aber dem Sekretär der Föderation Arthur Cook, eine unüberhältnismäßig große Rolle bei der Führung des Kampfes zufallen mußte; sie hatte des weiteren zur Folge, daß sich jede, aber auch jede wichtige Entscheidung in den komplizierten Vorgang der Einberufung der Exekutive und, nach der Exekutive der Delegiertenkonferenz, auflöste, wodurch jede wirkliche

### Beweglichkeit der Taktik von vornherein ausgeschlossen

war. Das gesunde Prinzip der gewerkschaftlichen Demokratie war hier zu einer Karikatur geworden. Dazu kam noch ein Weiteres: Die Tatsache, daß die Föderation nicht einmal familiäre, unmittelbar im Bergbau beschäftigte Arbeiterkategorien, geschweige denn alle Hilfsdienste leistenden Arbeiterschichten organisatorisch umfaßt, gestalte sich während des Kampfes geradezu zu einer Katastrophe. So waren z. B. die Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten, die während der ganzen Dauer des Abwehrkampfes der Bergarbeiter zwischen der Föderation und den Organisationen der mit Sicherungsarbeiten beschäftigten Arbeiter herrschten, eine ständige Ermunterung für die Gegner der kämpfenden Bergarbeiter. Es handelt sich hier selbstverständlich nicht darum, festzustellen, wer „Recht“ gehabt hat, die Sicherungsarbeiter oder die „Föderation“, sondern lediglich um die Feststellung, daß während eines Kampfes, wie dem letzten, neben dem Kampf der Bergarbeiter mit ihren Gegnern, den Unternehmern,

noch ein innerer Kampf zwischen Bergarbeitern und anderen im Bergbau beschäftigten Arbeiterkategorien neben-

hergegangen ist, der zu einer ausgesprochenen Schwächequelle für die Bergarbeiter wurde.

Wäre es auch diesmal ein wahres Glück gewesen sein, daß diese Gruppen von Sicherungsarbeiter nicht von Cook geführt wurden und sich nicht in die selbstmörderische Politik der Ueberstimmung der Gruben, wie sie von der Föderation gefordert wurde, hineintreiben ließen, so ändert das doch nichts an der grundsätzlichen Frage. Grundsätzlich ist es ungehörig, daß es kleinen zur selben Industrie gehörenden Gruppen möglich sein soll, die Gesamtpolitik des Verbandes zu durchkreuzen — zumal wenn das materielle Interesse der Mitglieder dieser kleinen Gruppen so offensichtlich mit einer solchen Durchkreuzung verknüpft ist. Hier besteht immer die Gefahr, daß die Unternehmer versuchen werden, das Privatinteresse dieser wenigen Hundert oder Tausend gegen ihr Klasseninteresse und ihre Klassenolidarität auszuspielen.

Es ist also verständlich, daß und wenn man sich nunmehr im Schoße der britischen Bergarbeiterbewegung mit den Problemen einer

### völligen Amorganisation der bisherigen Organisation

der Bergarbeiter im Sinne einer größeren Zentralisation und einer Ausdehnung auf sämtliche beschäftigte Arbeiterschichten auseinandersetzt. Es handelt sich mit einem Worte um das Problem der Umformung der Föderation in einen Verband im kontinentalen Sinne und zweitens um eine Erweiterung der Fachorganisation der Bergarbeiter in einen Industrieverband des Bergbaus. Diese Fragen werden voraussichtlich auf dem nächsten Verbandstage der Bergarbeiter entschieden werden. Wie das in England so häufig der Fall ist, hat sich die kommunistische Widerbewegung dieser in der Luft liegenden notwendigen Forderungen bemächtigt, ehe man von der offiziellen Führung aus das Problem als spruchreif erachtete, und so besteht die Gefahr, daß ein von allen einschichtigen Personen als notwendig erachteter Umbau von inneren Kämpfen begleitet sein wird, die mit der Frage an und für sich nichts zu tun haben.

Es ist deshalb immerhin erfreulich, daß selbst der Sekretär der Bergarbeiter Cook, dessen „linke Sympathien“ offen zutage liegen, in aller Form seine Mitverantwortlichkeit für die neue Kampagne der Widerbewegung dementiert hat. Er hat wohl eingesehen, daß nichts so sehr geeignet wäre, eine von allen als notwendig erachtete Reform zu verzögern, als wenn sie im Bewußtsein der Mitglieder mit der Parole einer linksabirralen, organisierten Widerbewegung identifiziert werden würde.

Die Organisation der britischen Bergarbeiter ist heute zerfallen und die Föderation, wenn auch nicht ihre einzelnen Glieder, ist auf Jahre hinaus aktionsunfähig. Nur wenn Hand in Hand mit dem moralischen Wiederaufbau der britischen Bergarbeiterbewegung auch ihr organisatorischer Umbau und Ausbau geht, ist die Hoffnung berechtigt, daß der größten Niederlage ihrer Geschichte nicht nur eine Wiedereroberung des verlorengegangenen Terrains, sondern eine Verbesserung des Lebens- und Arbeitsbedingungen der britischen Bergarbeiter folgen kann.

gestellten aufmerksam. Hierbei kam ein Kollege auf die Vorgänge in der Generalversammlung zu sprechen, soweit die Beschuldigungen des Vorsitzenden Müller gegen die übrigen Anwesenden, die Versammlungsbesucher und die Revisoren in Frage kamen. Der Vorsitzende Müller hatte sich bei der Abstimmung in der Generalversammlung gegen die Listenwahl gewandt und als diese trotzdem beschlossen wurde, die Beteiligten beschuldigt, dieses Resultat durch Schiebungen herbeigeführt zu haben. Nach Auskunft des Branchenleiters hat sich der Vorstand mit dieser Sachlage befaßt. Der Vorsitzende Müller hat zugeben müssen, in der Generalversammlung unfair gehandelt zu haben und zu Protokoll gegeben, in der nächsten Generalversammlung den von ihm angegriffenen Anwesenden eine Ehrenerklärung abzugeben.

Dann hielt Kollege B. Osten ein lehrreiches instruktives Referat über das neue Arbeitsgerichtsgesetz, woran sich eine kurze Diskussion anschloß. Die Versammlung beschloß dann weiter, das seit September 1925 laufende Lohnabkommen zu kündigen und eine Lohnerhöhung um 25 Proz. zu fordern.

Bei einer Erziehung für ein abgeschickenes Kommissionsmitglied empfahlen die Kommunisten einen Kollegen, der seit 13 Jahren in Berlin nicht gearbeitet hat, hauptsächlich im Ausland arbeitete und nun selbstverständlich als Fachmann gar keine Ahnung hat. Gewählt wurde der Kollege Krone (SPD.)

Beim Ausgang verteilten die Kommunisten Flugblätter zur Wahl. Sie hatten anscheinend Angst, sie während der Versammlung zu verteilten. Sicherlich hätten sie zum Inhalt des Flugblattes kein Vertrauen, denn in der Versammlung hätte leicht nachgewiesen werden können, daß der Verfasser des Flugblattes von den Verhältnissen im Sattlerverband keine Ahnung hat.

### Vom Arbeitsmarkt im Ruhrbergbau.

Bochum, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Ende Januar hatte der Ruhrbergbau eine Gesamtleistung von 415 496 Mann erreicht und damit seit Ende Dezember 1926, wo 411 214 Mann gezählt wurden, eine Zunahme von 4 282 Mann erfahren. Demgegenüber beträgt die Abnahme an arbeitssuchenden Bergarbeitern in der Zeit von Mitte Januar bis Mitte Februar nur 475. Es geht daraus hervor, daß nunmehr die Belegschaftsvermehrung in der Hauptsache nicht mehr aus den Reihen der noch arbeitslosen Bergarbeiter, sondern aus denen anderer Berufe erfolgt, wobei allerdings zu beachten ist, daß es sich hierbei größtenteils um ehemalige Bergarbeiter handelt, die vorübergehend in anderen Berufen gearbeitet haben. Nach dem Stichtagsergebnis vom 15. Februar 1927 wurden bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Ruhrgebietes insgesamt 9 920 arbeitssuchende Bergarbeiter gezählt.

### Lohnbewegung in der westdeutschen Binnenschifffahrt

Bochum, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Rhein-schifffahrt sind die Gehalts- und Lohnsätze sowohl von den Gewerkschaften wie den Arbeitgebern grundsätzlich worden. Die Wesserschiffer und das Personal der staatlichen Schleppämter wollen ebenfalls kündigen.

In der westdeutschen Kanalschifffahrt haben die Arbeitgeber den gefällten Lohnschiedspruch abgelehnt, von den Arbeitern wurde er angenommen, so daß auch hier die Lohnstreitigkeiten noch nicht zu Ende sind. Im Augenblick befindet sich die ganze westdeutsche Binnenschifffahrt vom Rhein bis zur Weser in Lohn Differenzen.

### Internationale Friseurgehilfenunion.

Der Vorstand der Internationalen Friseurgehilfenunion beschloß in seiner Sitzung am 1. März in Berlin, den 5. internationalen Friseurgehilfenkongress in den Tagen vom 26. bis 28. Juli in Paris abzuhalten. Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses sieht u. a. Referate vor über die Arbeitszeit, die Lehrlingsfrage und über Mode und Beruf. Die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses soll im Herren- und im Damensach gefördert werden. Dem Kongress soll bezüglich der Satzungsänderungen vorgeschlagen werden, fortan keinen besonderen Vorstand mehr zu bilden, vielmehr die Leitung dem internationalen Sekretär zu überlassen. Der durch Urabstimmung festgesetzte Jahresbeitrag an die Union von 15 Pf. pro volljähriges Mitglied der angeschlossenen Verbände soll beibehalten und die künftigen Kongresse alle drei anstatt alle zwei Jahre abgehalten werden. Von den Regierungen soll gefordert werden, die Aufenthaltsbeschränkungen für ausländische Arbeiter wenigstens nicht auf die Fälle auszudehnen, in denen einzelne ausländische Handwerksgehilfen zweckberuflicher Weiterbildung in einem Lande arbeiten wollen, wenn ihr Aufenthalt von der zuständigen Gewerkschaftsorganisation befürwortet wird.

### Aus der Partei.

#### Arbeiterwohlfahrt.

In der neuen Nummer der „Arbeiterwohlfahrt“ — 1. Märzheft — gibt Louise Schroeder, M. d. R., eine Darstellung der „Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in Arbeitslosenversicherung“. Die „Umfahrung“ enthält Beiträge von Gertrud Hanna „Zur Frage des Ausbaues der Gewerbelehre“, von Stadtrat Bergner-Winden „Die Berufsausbildung schulentlassener Jugendlicher und die öffentliche Fürsorge“ und Berichte über „Richtsätze der Fürsorgebehörden, eine Zusammenstellung der Reichsregierung“ und das „Blutprobeverfahren“ in Württemberg. — Im Teil „Aus der Arbeiterwohlfahrt“ gibt E. Storf, Revisor der Konzentration L. W. einen Hinweis zur „Durchführung in den Heimen der Arbeiterwohlfahrt“ mit Kontenauszügen. Mitteilungen aus der Organisation und eine Zeitschriftenschau, in der Genosin Wachenheim nochmals zu den Ausbildungsforderungen Stellung nimmt, folgen. In der „Bücherchau“ wird diesmal u. a. „Vom Leben getötet“ besprochen.

Verantwortlich für Politik: Dices Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftslehre: Fr. Schütz; Revision: Dr. John Schlotmann; Unfall: und Konflikte: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöckl; Familien in Berlin: Verlang: Fernwärme-Betrieb G. m. b. H., Berlin. Druck: Fernwärme-Betrieb und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 3.

### Die amtliche Ueberstundenhebung.

#### Sie ist einseitig gefährdet.

Wie wenig die amtliche Arbeitszeiterhebung, durch die nach den Erklärungen der Reichsblätter die ganze Ueberstundenfrage abgetan sein soll, gegen die Feststellungen der Gewerkschaften ins Treffen geführt werden kann, zeigen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die gewerkschaftlichen Ueberstundenfeststellungen in der Tabakindustrie. Nach dem Bericht der Reichsarbeitsverwaltung ist die Ueberstreichung der Normalarbeitszeit von 48 Stunden in allen Fällen auf Grund der Vereinbarungen im Reichstarifvertrag für die Tabakindustrie vom 27. Februar 1924 vorgenommen worden. Das ist, wie der „Tabakarbeiter“ betont, eine sehr oberflächliche Mitteilung; denn im vorigen Jahre hatte der Reichstarifvertrag vom Jahre 1924 keine Geltung mehr; er war durch den Reichstarifvertrag vom 25. Februar 1925 ersetzt worden und außerdem galt dieser Tarifvertrag nur für die Zigarrenindustrie und nicht auch für die Zigaretten-, Rauchtabak- und Kaukabakfabrikation.

Nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages für die Zigarrenherstellung kann im Falle eines wirtschaftlichen Bedürfnisses die Wochenarbeitszeit bis zu 54 Stunden verlängert werden. Log nun im Oktober vorigen Jahres ein wirtschaftliches Bedürfnis vor, das Ueberstunden in einem Umfange, wie aus der Erhebung hervorgeht, hätte rechtfertigen können? Man braucht sich nur die Arbeitslosenzahlen ansehen. Da findet man, daß von den 54 936 Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes noch 7552 völlig arbeitslos waren und 6 921 verläßt arbeiten mußten.

### Kaufmännisches Lehrpersonal.

Die Stellenvermittlung des Zentralverbandes der Angestellten, Geschäftsstelle Belle-Alliance-Straße 7/10 (Telephon: Hofenbeide 5425), vermittelt zum 1. April kaufmännische Lehrlinge und Anfänger beiderlei Geschlechts. Firmeninhaber, die beabsichtigen, Neueinstellungen von Lehrpersonal vorzunehmen, werden gebeten, sich des genannten Stellennachweises zu bedienen.

### Neue Verhandlungen im Bankgewerbe.

Zum Tarifkonflikt im Bankgewerbe teilt der Deutsche Bankbeamtenverein mit, daß sein Zentralvorstand nach durchgeführter Befragung seiner Gliederungen beschloßen habe, dem am 23. Februar vom Schlichter gefällten Schiedspruch nur dann beizutreten, wenn verschiedene für die Angestellten

### SPD.-Metallarbeiter

#### besucht die Wahlkörperversammlungen!

ungünstige Bestimmungen eine Aenderung erfordern würden. Unter Orientierung über seine Stellungnahme hat der DVB, das Reichsarbeitsministerium gebeten, die Tarifparteien zu neuerlichen Verhandlungen einzuladen.

### Konflikt mit den Gastwirten an der Oberspreew.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten ist seit dem Jahre 1926 bemüht, mit der Vereinigung der Inhaber von Sommerlokalen an den märkischen Wasserstraßen zu tariflichen Vereinbarungen zu kommen. Zu diesem Zweck sind Verbandvertreter sogar in zwei Mitgliederversammlungen des genannten Vereins erschienen. In der letzten Versammlung dieses Vereins wurde eine Kommission für die weiteren Verhandlungen gewählt. Diese Kommission hat bis 15. Februar nichts von sich hören lassen, so daß der Zentralverband den Unternehmern, und zwar einzeln, ein Ultimatum zur Anerkennung des Tarifvertrages bis zum 25. Februar gestellt hatte. Nunmehr hat auch der Verein der Inhaber von Sommerlokalen an der Oberspreew die Warte fallen lassen und erklärt, daß er sich nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages berechnigt halte. Die Herrschaften werden sich wahrscheinlich das noch zu überlegen haben.

Anerkannt haben den Tarifvertrag dadurch, daß sie Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind oder durch besondere schriftliche Abmachungen Mägdeleichen Friedrichshagen, Rübezahl Müggelsee, Waldhaus, Rauchfangwerder, Krampenburg, Gesellschaftshaus Grünau.

Alle anderen Betriebe der genannten Arbeitgebervereinigung sind für organisierte Arbeitnehmer gesperrt. Gesperrt sind demnach am Langen See: Restaurant Riviera, Steins Casino, Am Sportdenkmal, nämlich in Grünau; Restaurant Richters Horn, Waldidyll Schmödow, Gasthaus zur Palme, Schmödow, Marienlust, Schmettersingshorst, Waldesruh, Wendenschloß.

### Lohnkündigung in der Lederwarenindustrie.

Am 1. März hielten die im Sattlerverband organisierten Kollegen der Lederwarenindustrie ihre Branchenversammlung ab, um zur Frage der Lohnkündigung Stellung zu nehmen. Der Branchenleiter machte auf die am kommenden Sonnabend (3. März) in 24 Wahllokale stattfindende Urwahl der An-

Ich eröffne heute **Elsässer Straße 11** Ecke Ackerstraße eine **Großdestillation**

Biere der Schultheiss-Patenhofer-Brauerei  
Spirituosen glasweise und Flaschenverkauf zu Engros-Preisen. **H. Raband, Elsässer Str. 11**

Biergratis! Am Eröffnungstage jed. 2 Liter Glas Biergratis!

Achtung!  
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf  
billig und gut  
**40 Thauerstraße 40**

Krause-Pianos zur Miete  
W50, Ansbacherstr. 7

Für Sport und Wanderungen  
Für starke Beanspruchung  
Für schlechtes Wetter

kaufen Sie nur **Bähr-Stiefel**

die Sie jahrelang tragen können.

Sie haben dann das Richtige für Ihr schwerverdienendes Geld.

Haferschuhe  
Reformschuhe  
Bähr's Lederöl

**H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7**

Wo speist man zur U. billigt?  
Nur **Groß-Berlin**  
Alexanderplatz.

Photoapparate, Feldstecher  
kaufen sie gut und preiswert im  
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

**Berliner Elektriker Genossenschaft**

anzeschl. dem Verb. sog. Hausbetriebe  
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6521, 6526

Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4. Tel.: Plötzensee 9831

Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage). Telephon: Königsstadt 540

Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Ver-  
kauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführung sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

**Metallbetten 10<sup>50</sup>**  
Schlafchaiselouques 24.-

Fabrikpreise Ratenzahlung

**Göhr** Berlin, Pappelallee 12  
frei jeder Bahnstation.

**Grippe Graiflx** Schutz und Hilfe  
sofort durch  
nicht fettende  
Einreibung M. 1.50

**Laboratorium Graichen**,  
Leipzig, Roßstraße 12.

**Alberi Springare**  
Großgarage und Tankstelle  
Tag und Nacht geöffnet

**Auto-Reparatur-Werkstatt**  
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4373

**Lothringer Str. 107, Ecke Linten-**  
**straße 14, am Prenzlauer Tor.**

**Ischias**

perid-  
Wand,  
zur für  
haben für  
halten für  
halten für  
halten für

in den, Ged.  
und Dick, wenn  
perid. Injektion  
in 15 Tagen sind  
die Schmerzen  
vollständig  
beseitigt. Dr. med.  
H. B. H. Berlin, 1-4, Postz. 10-12, Juch